

II-11419 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5659 IJ

1990 -06- 07

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Dr. Müller, Weinberger, Strobl
und Genossen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Auslandskrankenscheine

Infolge eines Sozialversicherungsabkommens zwischen Österreich und der BRD sind deutsche Versicherte bei einer Krankenbehandlung Inländern gleichgestellt, wenn sie im Besitz eines Auslandskrankenscheines sind. Die gleiche Regelung gilt selbstverständlich auch für österreichische Versicherte, die sich in der BRD einer medizinischen Behandlung unterziehen müssen.

Soweit die unterfertigten Abgeordneten dies beurteilen können, fühlt sich der Großteil der österreichischen Ärzte an dieses Sozialversicherungsabkommen gebunden. Trotzdem kommt es immer wieder vor, daß entgegen dem Vertragsinhalt österreichische Ärzte nicht bereit sind, Auslandskrankenscheine von Patienten aus der BRD entgegenzunehmen. Daß dies zu einer Verärgerung der betroffenen Gäste führt, ist verständlich. Darüberhinaus ist zu befürchten, daß im Gegenzug dazu auch österreichische Auslandskrankenscheine in der BRD nicht mehr entgegengenommen werden.

Die unterfertigten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Arbeit und Soziales nachstehende

A n f r a g e:

Welche Möglichkeiten sehen Sie, die in der Präambel geschilderte Mißachtung des gegenständlichen Sozialversicherungsabkommens zu unterbinden ?